

club
of vienna

WIEN
KULTUR

Studie

Gefördert von Wien Kultur, 2014

Die Teilhabe von Frauen und Männern an der Erwerbsarbeit in Verbindung mit Fragen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Österreich

Methoden zur Messung und Ausprägung
der Einkommensverteilung an den Beispielen
Geschlechter-Lohnlücke und Lohnquote

Sascha Sardadvar

Inhalt

1	Einleitung.....	5
2	Arbeit, Löhne und Gewinne in Österreich.....	9
2.1	Die Entwicklung der Erwerbsarbeit seit den 1970er-Jahren.....	9
2.2	Funktionelle Einkommensverteilung: Die Verteilung des Volkseinkommens auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.....	20
2.3	Personelle Einkommensverteilung, Lohnpolitik und -spreizung.....	39
3	Frauen und Männer am österreichischen Arbeitsmarkt.....	54
3.1	Theorie der Lohndiskriminierung.....	54
3.2	Empirie der Lohndiskriminierung.....	69
3.3	Erklärungsansätze zur Geschlechter-Lohnlücke.....	79
3.4	Einkommensumverteilung in Österreich.....	87
4	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	104
	Literaturverzeichnis.....	111
	Über den Autor.....	116
	Impressum.....	117

1 Einleitung

Im mittlerweile achten Jahr der Finanz-, Schulden-, Wirtschafts- und Euro-Krise in den westlichen Industriestaaten erscheint das allgemeine Interesse an der Verteilung von Wohlstand und Einkommen so groß wie noch nie seit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Mit jedem Jahr, da die Arbeitslosenquoten innerhalb der Eurozone im zweistelligen Bereich verharren, mit jedem Jahr, da wieder neue „Reformen“ durchgesetzt werden, die den Produktionsfaktor Kapital schonen und die Arbeit belasten, mit jedem Jahr, da die Reallöhne der meisten Menschen, die noch Arbeit haben, stagnieren oder zurückgehen, während die großen europäischen Konzerne – ob in Spanien oder Deutschland – Rekordgewinne feiern, wächst bei immer mehr Menschen das Unbehagen darüber, wohin die europäischen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme treiben. Die genannten Entwicklungen beeinflussen und formen das Leben aller BewohnerInnen Europas, wobei diejenigen, die arbeiten, von der Einkommensverteilung naturgemäß direkt betroffen sind. Nur die wenigsten haben jedoch die Zeit und Muße, sich mit diesen komplexen Fragen im Detail auseinanderzusetzen. Diese Rolle fällt den SozialwissenschaftlerInnen zu, deren Aufgabe es demnach ist, sich systematisch mit der Verteilungsfrage auseinanderzusetzen und dabei geduldig Fakten und wiederkehrende Abläufe zu ermitteln (Piketty 2013, S. 15).

Unterdessen wird die Verteilungsfrage in der medialen Diskussion nach wie vor von der Frage der Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen dominiert. Dabei wird häufig von Einkommen gesprochen, wenn in Wahrheit nur Einkommen aus Arbeit gemeint sind, und behauptet, dass für die „gleiche Arbeit“ in Österreichs Privatwirtschaft „die Bezahlung von Frauen um 25 Prozent unter der von Männern“ liege.¹ Diese Botschaft der um 20 bis 25 Prozent geringeren Bezahlung für „gleiche Arbeit“ wird mit derartiger Vehemenz in den Medien wiederholt, dass sie – außerhalb der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften – fallweise selbst von UniversitätsprofessorInnen geglaubt und verbreitet wird.² Gleichzeitig steigt die Unzufriedenheit bei jenen Männern und Frauen, die tatsächlich als unselbständig Erwerbstätige ihr Geld verdienen müssen. Viele Männer mit stagnierenden oder fallenden Reallöhnen fragen sich, wo nun eigentlich die entsprechenden 25 bis 33 Prozent auf ihrem Gehaltszettel zu finden sind, die sie angeblich mehr verdienen, weil sie Männer sind. Ein Vergleich mit den Gehaltszetteln der Kolleginnen bringt nur selten Aufklärung.

Denn die Zahl ist falsch. Wer sich mit der Thematik auseinandersetzt, stellt bald fest, dass die 20, 23,4, 25 – oder welche Prozentzahl auch genannt wird – sich nicht auf die *gleiche* Arbeit bezieht: Männer erlernen häufiger technische Berufe, machen häufiger schmutzige Arbeiten

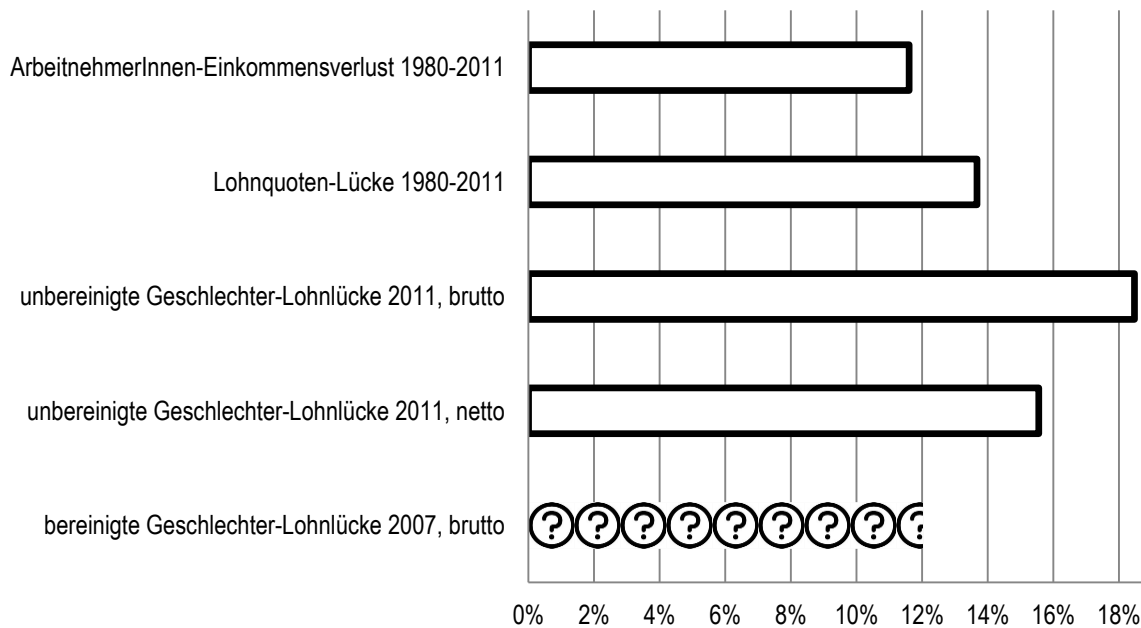
¹ hier z.B. Der Standard, 12. März 2007

² Siehe z.B. Die Zeit 35/2014, S. 35, in der sich ein Sexualforscher darüber empört, „dass Frauen noch heute für die gleiche Arbeit 20 Prozent weniger bekommen als Männer“; die Interviewerin korrigiert ihn nicht.

und Überstunden. Wer noch genauer hinsieht, bemerkt außerdem, dass Einkommen aus Arbeit nur einen Teil des Gesamteinkommens der österreichischen Volkswirtschaft ausmachen, der obendrein seit drei Jahrzehnten immer kleiner wird. Währenddessen verändert sich auch die Einkommensverteilung innerhalb der Gruppe arbeitenden Menschen, was wiederum Auswirkungen auf die Löhne und Gehälter von Männern *und* Frauen hat.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, zur Versachlichung der Diskussion um die verschiedenen Formen der Einkommensverteilung und -ungleichheit beizutragen und dabei auf jene sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Konzepte einzugehen, die dazu benötigt werden. Dass es dabei fallweise recht technisch wird, ist unvermeidlich, da Fragen der Verteilung ihrem Wesen nach mit der Berechnung der Verteilung zu tun haben. Die vorliegende Arbeit soll als Nachschlagewerk und Rüstzeug dienen, um sich in diesen wichtigen Fragen selbst eine Meinung bilden zu können. Wenn man bedenkt, dass Verteilungsfragen schon jetzt auch in der wohlhabenden westlichen Welt Unruhen und Revolten auslösen, und dass letztlich jede Revolution ihren Ursprung in Verteilungsfragen hat, so kann deren Bedeutung kaum überschätzt werden. Daraus folgt, dass alle, die sich für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fragen interessieren, an den Mechanismen der Einkommensverteilung nicht vorbeikommen.

Im Folgenden wird insbesondere die mediale Interpretation der Geschlechter-Lohnlücke („gender pay gap“) und die gesellschaftliche Bedeutung von Frauen in Vorständen relativiert. Dabei wird nicht behauptet, dass es keine Diskriminierung gäbe. Das Gegenteil ist der Fall, und es wird ausführlich auf entsprechende arbeitsmarkttheoretische Modelle eingegangen. Diskriminierung auf Arbeitsmärkten betrifft dabei nicht nur Männer und Frauen, sondern auch MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, Alte und Junge, und viele mehr. Demnach wäre ein über 50-jähriger Mann ohne Migrationshintergrund die privilegierteste Person. Es lässt sich statistisch leicht zeigen, dass eine solche Person tatsächlich ein höheres Brutto-Arbeitseinkommen erwarten kann als eine Person mit anderen Eigenschaften. Daraus folgt aber weder, dass diese Person andere ausbeutet, noch, dass es anderen besser ginge, wenn es dem 50-jährigen Nicht-Migranten schlechter ginge. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Gesamteinkommen aus Arbeit über die Zeit konstant blieben, sich also alle ArbeitnehmerInnen einen Kuchen bestimmter Größe teilen müssten, oder wenn das Volumen der Gesamteinkommen sich zwar ändern kann, aber man auf diese Änderungen keinen Einfluss hätte, weil sie von „den Märkten“ oder einer höheren Macht so bestimmt würden. Unter solchen Umständen entspräche jedes Arbeitseinkommen einer Person entgangenen Arbeitseinkommen anderer Personen. Und so ist gerade nicht.



Die Abbildung vergleicht zur Veranschaulichung und Motivation die Entwicklung der relativen Einkommensverluste der ArbeitnehmerInnen in Österreich seit 1980 mit der aktuellen Geschlechter-Lohnlücke anhand verschiedener Maße. Der oberste Balken zeigt, um wieviel das kumulierte Wachstum der Löhne und Gehälter von 1980 bis 2011 hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurückgeblieben ist.³ Der zweite Balken von oben zeigt, um wieviel der Anteil der Bruttolöhne inklusive der Sozialbeiträge der Arbeitgeber (Arbeitnehmerentgelt) am Volkseinkommen von 1980 bis 2011 gesunken ist.⁴ Der dritte und der vierte Balken von oben zeigen, um wieviel in Vollzeit unselbständig erwerbstätige Frauen 2011 in Österreich brutto bzw. netto weniger als Männer verdienen.⁵ Der fünfte Balken basiert auf einer Schätzung, um wieviel der Stundenlohn unselbständig erwerbstätiger Frauen 2011 in Österreich brutto unter jenem für Männer lag, wenn für verschiedene Einflussfaktoren kontrolliert wird.⁶ Da nicht alle Faktoren, die die Lohnhöhe beeinflussen, berücksichtigt werden, liegt das tatsächliche Ausmaß wahrscheinlich unter den geschätzten zwölf Prozent, kann theoretisch aber auch darüber liegen, null betragen oder sogar negativ sein.

Die Aussagekraft aller fünf Balken ist begrenzt: Die ersten beiden zeigen nicht eine Abweichung von einem Idealzustand, sondern die Abweichung im Vergleich zu 1980 dar. Der dritte und der vierte Balken sind von Ausbildungsfeldern und -niveaus abhängig, die zwischen Männern und Frauen deutlich unterschiedlich sind. In der Berechnung zum untersten Balken

³ Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen zu Vollzeitäquivalenten, berechnet aus Statistik Austria (2013a).

⁴ Berechnet aus Statistik Austria (2013a).

⁵ Bezogen auf Medianeinkommen, Quelle: Der Rechnungshof (2012).

⁶ Quelle: Böheim et al. (2013)

werden zahlreiche Faktoren, die die tatsächliche Lohnhöhe bestimmen, nicht berücksichtigt. Daraus wird auch deutlich, dass mangelhafte Datenverfügbarkeit ein Teil des Problems ist. Dennoch lässt sich eine klare Aussage treffen: In den letzten 30 Jahren haben fast alle ArbeitnehmerInnen, egal ob männlich oder weiblich, im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an Einkommen eingebüßt.

Im Folgenden wird hinsichtlich der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen lediglich auf unselbständig Erwerbstätige eingegangen, da diese erstens die öffentliche Diskussion bestimmen, und zweitens die Bewertung und Berechnung von Selbständigen-einkommen sowie Vermögensbildung nach anderen Kriterien erfolgen. Das Binnen-I wird für geschlechtsneutrale Formulierungen verwendet, wohingegen männliche und weibliche Formen sich ausschließlich auf Männer bzw. Frauen beziehen. Bei unpersönlichen Begriffen wie „Arbeitgeber“ sowie amtlichen Begriffen wie „Arbeitnehmerentgelt“ wird auf das Binnen-I verzichtet, die Begriffe „Lohn“ und „Gehalt“ sowie „ArbeiterIn“ und „ArbeitnehmerIn“ werden synonym verwendet. Die vorliegende Arbeit ist wie folgt gegliedert: In Hauptkapitel 2 werden die Entwicklung und die Wechselwirkungen von Arbeit, Löhnen und Gewinnen in Österreich behandelt, um den Leser und die Leserin mit den wichtigsten Begriffen und Größen vertraut zu machen. Dazu wird in Unterkapitel 2.1 zunächst die Entwicklung der Erwerbsarbeit seit den 1970er-Jahren behandelt, ehe in Unterkapitel 2.2 das Prinzip und die Entwicklung der funktionellen Einkommensentwicklung beschrieben werden. Daran anschließend behandelt Unterkapitel 2.3 Fragen der personellen Einkommensverteilung sowie der Lohnpolitik und -spreizung in Österreich. Hauptkapitel 3 geht im Detail auf Frauen und Männer am österreichischen Arbeitsmarkt ein. Dabei wird in Unterkapitel 3.1 die Theorie und in Unterkapitel 3.2 die Empirie der Lohndiskriminierung behandelt. Im folgenden Unterkapitel 3.3 werden Erklärungsansätze zur Geschlechter-Lohnlücke diskutiert. Das Unterkapitel 3.4 geht auf Fragen der Einkommensverteilung und -umverteilung in Österreich ein. Eine Zusammenfassung und Schlussfolgerungen finden sich im abschließenden Kapitel 4.

4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, die Partizipation von Frauen und Männern am Erwerbsleben sowie am Volkseinkommen zu diskutieren und insbesondere die Frage der Geschlechter-Lohnlücke in Verbindung mit Entwicklungen am Arbeitsmarkt und der Einkommensverteilung in Österreich während der letzten 40 Jahre zu behandeln. Im Sinne des vorangestellten Zitats von Max Weber ist der Zweck der Studie, Klarheit zu schaffen für die verschiedenen Probleme der Einkommensverteilung, die sich in jeder Gesellschaft ergeben, und diese Probleme anhand der österreichischen Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Zunehmende Frauenerwerbstätigkeit führt nicht zu steigender Arbeitslosigkeit

Es wurde gezeigt, dass im Beobachtungszeitraum die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen in Österreich stärker zugenommen hat als das natürliche Bevölkerungswachstum der Personen im arbeitsfähigen Alter. Die Gründe dafür sind erstens der Rückgang Selbständiger, zweitens die Arbeitsimmigration, drittens die zunehmende Partizipation der Frauen am Arbeitsmarkt. Diese Ausweitung des Arbeitsangebots fällt zusammen mit einer Ausweitung der Arbeitsnachfrage im betreffenden Zeitraum, da das Volumen der geleisteten unselbständigen Arbeit insgesamt ebenfalls zugenommen hat. Da zusätzliches Einkommen von Frauen auch die Güternachfrage erhöht, erhöht sich wiederum die Nachfrage nach Arbeit. Es ist davon auszugehen, dass die langfristigen Effekte auf den Arbeitsmarkt beschäftigungsneutral sind, allerdings können sich kurz- und mittelfristig in jenen Branchen Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit und Lohnhöhe ergeben, die eher von der steigenden Frauenerwerbstätigkeit betroffen sind. Wenn es langfristig bestimmte Branchen gibt, die von Frauen bevorzugt werden, werden sich hier zumindest bei der Lohnhöhe auch langfristige Effekte ergeben. Anders formuliert: Solange es genügend Frauen gibt, die bereit sind, bestimmte Berufe zu niedrigen Löhnen auszuüben, werden die Löhne dieser Berufe entsprechend niedrig bleiben. Dieser Effekt kann durch politische Handlungen etwa im Bereich der Arbeitsimmigration verstärkt oder abgeschwächt werden.

Die Aussagekraft der unbereinigten Geschlechter-Lohnlücke ist begrenzt

Zur Berechnung der unterschiedlichen Bezahlung von Frauen und Männern wird in der öffentlichen Diskussion zumeist die *unbereinigte Geschlechter-Lohnlücke* herangezogen, die den durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn *aller* unselbständig erwerbstätigen Frauen durch den durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn *aller* unselbständig erwerbstätigen Männer dividiert und das Ergebnis von eins abzieht. Für Österreich liegt dieser Wert bei zirka 20 Prozent. Es ist vermutlich richtig, dass das unterschiedliche durchschnittliche Verhalten von

Männern und Frauen Folge unterschiedlicher Erwartungen an die Geschlechter ist und dass daher daraus auch Unterschiede in der Entlohnung entstehen. Um von Diskriminierung *am Arbeitsplatz* sprechen zu können, sind jedoch Informationen über das Verhalten von Frauen und Männern nötig. Aus einer Reihe von Gründen ist die Behauptung falsch, Frauen würden für die „gleiche Arbeit“ 20 Prozent weniger Lohn erhalten (oder gleichlautend, Männer würden um 25 Prozent mehr Lohn erhalten). Die wichtigsten Gründe für die im Durchschnitt höheren Brutto-Stundenlöhne von Männern sind, dass (i) Männer insgesamt mehr Arbeitsstunden leisten und somit mehr Erfahrung sammeln, was ihre langfristige Produktivität erhöht, dass (ii) mehr Männer in Berufsfeldern tätig sind, deren Brutto-Stundenlöhne höher sind, insbesondere in technischen Berufen, dass (iii) das formale Ausbildungsniveau von Männern trotz des Aufholprozesses der Frauen höher ist, dass (iv) mehr Männer Arbeiten durchführen, die mit physischen und psychischen Belastungen verbunden sind und dass (v) innerhalb der Gruppe der SpitzenverdienerInnen mehr Männer zu finden sind.

Die bereinigte Geschlechter-Lohnlücke ist wesentlich kleiner

Aufgrund der begrenzten Aussagekraft der unbereinigten Geschlechter-Lohnlücke wird die *bereinigte Geschlechter-Lohnlücke* berechnet, die um unterschiedliche Eigenschaften der ArbeitnehmerInnen korrigiert und theoretisch auch höher ausfallen kann als die unbereinigte Geschlechter-Lohnlücke. Es zeigt sich allerdings sowohl in Österreich wie international durch alle Studien hinweg, dass die bereinigte Geschlechter-Lohnlücke umso *niedriger* ist, je mehr Eigenschaften der individuellen ArbeitnehmerInnen berücksichtigt werden. Da es in Österreich bislang keine Untersuchung gibt, bei der auch die Ausbildungsfelder einbezogen werden, bleibt ihr tatsächliches Ausmaß unbekannt. Aufgrund der vorliegenden nationalen und internationalen Studien ist jedoch davon auszugehen, dass sie eher bei unter denn über zehn Prozent liegt. Somit ist das Ausmaß der Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern auf Arbeitsmärkten zwar weit geringer als häufig behauptet, aber das heißt nicht, dass es sie nicht gibt. Wenn es sie gibt, stellt sich die grundsätzliche Frage, warum ein gewinnorientierter Arbeitgeber bereit sein sollte, für eine Arbeitskraft mehr zu bezahlen, wenn er sie auch günstiger haben kann.

Formen der Diskriminierung

In der Arbeit wurde gezeigt, dass eine Diskriminierung aufgrund der persönlichen Vorliebe zwar möglich ist, sich allerdings sowohl für die Unternehmen wie für die Gesamtwirtschaft nachteilig auswirkt. Daraus folgt, dass ein gewinnorientiertes Unternehmen diese Form der Diskriminierung nicht ausüben wird. Im Unterschied dazu kann jedoch die sogenannte *statistische Diskriminierung* aus Sicht des Arbeitgebers rational sein. Aufgrund der im Durchschnitt längeren Kinderbetreuungszeiten und Arbeitsunterbrechungen von Frauen haben

Arbeitgeber geringere Erwartungen an ihre langfristige Produktivität. Da der Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Einstellung nicht prüfen kann, ob und wie lange die sich bewerbende Person im Betrieb verbleiben wird, berücksichtigt er bei seiner Entscheidung äußere Merkmale. Wenn der Arbeitgeber Grund zur Annahme hat, dass die Wahrscheinlichkeit einer Arbeitsunterbrechung bei ansonsten identischen Merkmalen bei Frauen höher ist, werden Frauen tatsächlich für die gleiche Arbeit oder prinzipiell gleiche Leistungsbereitschaft weniger Lohn erhalten. Aufgrund der Datenmängel kann das Ausmaß der statistischen Diskriminierung für Österreich zurzeit nicht berechnet werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sie umso relevanter ist, je höher qualifiziert und besser bezahlt die Arbeit ist. In diesem Zusammenhang ist daher zu berücksichtigen, dass die statistische Diskriminierung vermutlich auch andere gesellschaftliche Gruppen betrifft, wobei es Hinweise gibt, dass die soziale Herkunft eine Rolle spielt.

Politische Handlungsspielräume

Wenn es das politische Ziel ist, die Geschlechter-Lohnlücke zu reduzieren, erscheint es zweckmäßig, klar zwischen der bereinigten und der unbereinigten Geschlechter-Lohnlücke zu unterscheiden, da die jeweiligen Lösungsansätze unterschiedlich sind. Zur Reduzierung der unbereinigten Geschlechter-Lohnlücke empfiehlt es sich, das Verhalten von Männern und Frauen im Erwerbsleben zu vergleichen, von der Ausbildung über die Branchen bis zur Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Zur Reduktion der bereinigten Geschlechter-Lohnlücke ist wohl die Familienpolitik geeignet, um Anreize zu schaffen, die familienbedingte Unterbrechungen ausgleichen. Aufgrund der deutlichen Unterschiede bei der Berufswahl, die heutige Teenager zeigen, und der deutlichen Unterschiede bei der Entscheidung zur Kinderbetreuung heutiger junger Familien ist freilich absehbar, dass sowohl die unbereinigte wie die bereinigte Geschlechter-Lohnlücken selbst bei erfolgreicher Politik noch für Jahrzehnte bestehen werden.

Konzepte der Einkommensverteilung

Ähnlich wie bei der Geschlechter-Lohnlücke ist es auch bei Fragen der Einkommensverteilung hilfreich, klar zwischen verschiedenen Konzepten zu unterscheiden, da sie zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Die *funktionale Einkommensverteilung* unterscheidet zwischen den Brutto-Einkommen der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Die Geschlechter-Lohnlücke betrifft nur jenen Teil des Volkseinkommens, das für unselbständige Arbeit ausbezahlt wird. Dieser Teil geht seit den 1980er-Jahren und besonders seit 1995 in Österreich zurück. In Bezug auf den Gegensatz zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen sind somit alle unselbständig erwerbstätigen Frauen und Männer von diesem kleiner werdenden Anteil betroffen.

Die *personelle Einkommensverteilung* misst die Verteilung der Einkommen auf Haushalts- oder Individualebene. Sie kann weiter unterteilt werden auf Brutto- und Nettoeinkommensebene. Die genaue Berechnung ist in Österreich jedoch nicht möglich, da die personelle Verteilung der Kapitaleinkommen nicht bekannt ist. Jedoch gibt es deutliche Hinweise darauf, dass sich in Österreich als Folge der Zunahme der Vermögenskonzentration auch die Einkommen immer mehr auf die obersten Bereiche konzentrieren. Innerhalb der Nicht-Selbständigen kommt es ebenfalls zu einer Zunahme der Ungleichheit, da im Beobachtungszeitraum auch die Lohnspreizung zugenommen hat. Dies verstärkt freilich erst recht den Effekt, dass die meisten ArbeitnehmerInnen – ob männlich oder weiblich – mittlerweile von stagnierenden oder sogar fallenden Reallöhnen betroffen sind. Die Ungleichheit der Brutto-Einkommen *innerhalb* der Nicht-Selbständigen wird in Österreich jedoch durch die Steuer- und Umverteilungspolitik deutlich reduziert.

Umverteilung in Österreich

Da der Staat in die auf den Märkten entstehende Einkommensverteilung eingreift, wird weiter unterschieden zwischen der Einkommensverteilung vor und nach der Umverteilung durch den Staat (*primäre* und *sekundäre Einkommensverteilung*). Dabei zeigt sich, dass in Österreich einerseits der Anteil der Nicht-Selbständigen an den Brutto-Einkommen seit den 1980er-Jahren abnimmt, während sich gleichzeitig die Steuerlast immer mehr in Richtung der Nicht-Selbständigen verschiebt. Anders formuliert wird der Anteil am Gesamteinkommen der Nicht-Selbständigen immer kleiner, und gleichzeitig wird dieser Anteil immer höher und auch insgesamt höher besteuert als der Anteil der Selbständigen. Die Umverteilung geht somit in Richtung der Selbständigen insgesamt, und innerhalb der Nicht-Selbständigen zu den einkommensschwachen Personen und Haushalten. Dass unter die Selbständigen auch kleine Gewerbetreibende fallen, ist der Datenlage geschuldet und widerlegt für sich nicht die Beobachtung, dass die Konzentration besonders an der Spitze der Einkommen zunimmt.

Von der Verschiebung der Einkommensverteilung hin zu den Einkommen aus Besitz und Unternehmung (Selbständige, Kapitaleinkommen usw.) sind Männer und Frauen gleichermaßen betroffen. Innerhalb der Nicht-Selbständigen kommt es aufgrund der höheren Brutto-Einkommen der Männer zu einer Umverteilung zu den Frauen. Durch die Tendenz der Geschlechter, gemeinsame Haushalte zu gründen und die gemeinsame Entscheidung, wer welche Arbeit innerhalb und außerhalb des Haushalts leistet, relativieren sich allerdings Unterschiede der Brutto- wie Nettoeinkommen zwischen den Geschlechtern.

Geschlechter-Lohnlücke und gesamtwirtschaftliche Effekte

Insgesamt ergibt sich somit für die letzten 30 bis 40 Jahre in Österreich eine Entwicklung, in der alle Indikatoren eine Verschiebung der Einkommensverteilung hin zu den Besitzenden anzeigen. Der Staat unterstützt diese Entwicklung, indem er auch die Steuerlast in Richtung der ArbeitnehmerInnen verschiebt. Addiert man (i) den Effekt der rückläufigen Bruttolöhne im Vergleich zu gesamtwirtschaftlichen Leistung, (ii) die zunehmende Besteuerung des Faktors Arbeit zugunsten von Kapitaleinkommen sowie die (iii) zunehmende Ungleichheit der Einkommen innerhalb des Faktors Arbeit, wobei auch hier (iv) Spitzeneinkommen aufgrund der Höchstbeitragsgrundlage anteilig geringer besteuert werden, so ist die sich daraus ergebende Lücke für beide Geschlechter quantitativ wahrscheinlich größer als jene zwischen den Geschlechtern.

Ungeachtet gesellschaftlicher Entwicklungen ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vorteilhaft, die unbereinigte Geschlechter-Lohnlücke zu korrigieren, indem man Mädchen und Frauen motiviert, verstärkt in jene Branchen und Ausbildungsfelder zu gehen, in denen die durchschnittliche Entlohnung höher ist. Von höheren Löhnen für Frauen aufgrund höherer ökonomischer Produktivität profitieren alle, also auch Männer. Das Ausmaß der statistischen Diskriminierung kann vermutlich ohne große Kosten gesenkt werden, indem man Männer motiviert, Familienkarenz öfter in Anspruch zu nehmen. Ein Rückgang der statistischen Diskriminierung wäre zwar zum relativen Nachteil relativ hoch qualifizierter und gut verdienender Männer. Allerdings brächten auch hier höhere Löhne für Frauen aufgrund höherer ökonomischer Produktivität einen Vorteil für alle, der absolute Effekt für relativ hoch qualifizierte Männer kann daher insgesamt positiv oder negativ sein.

Die schlechte Datenlage ist Teil des Problems

Es ist in Österreich zurzeit freilich nicht möglich, die bereinigte Geschlechter-Lohnlücke und damit das Ausmaß der statistischen Diskriminierung einigermaßen genau zu bestimmen. Es ist weiterhin nicht möglich, Kapitaleinkommen Personen zuzuordnen, und somit Ausmaß und Entwicklung von Einkommenskonzentration und Einkommensungleichheit einigermaßen genau zu bestimmen. Durch die falsche Gleichstellung von unbereinigter und bereinigter Lohnquote wird das Problem der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verzerrt und übertrieben dargestellt. Durch die Reduzierung der Einkommensungleichheit auf die Einkommen aus Arbeit wird das Problem der Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft auf einen Teilbereich reduziert und untertrieben dargestellt. Ein erster Schritt zur Versachlichung wäre, die Datenlage zu verbessern um den Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen genauere Einschätzungen dieser Probleme zu ermöglichen. Erst dann wird es möglich sein, das Ausmaß

der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sowie zwischen den gesellschaftlichen Schichten genauer zu bestimmen. Es ist zweifellos möglich und es spricht auch nichts dagegen, beide Probleme simultan zu behandeln. Die öffentliche Diskussion erweckt jedoch mitunter den Eindruck, als ob die Geschlechter-Lohnlücken ein lösbares Problem darstellt, während die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung nicht in Frage gestellt werden darf oder soll. Eine solche Sichtweise riskiert, das Problem der zunehmenden Vermögenskonzentration und damit verbunden der zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Einkommensungleichheit zu ignorieren.

Probleme können gelöst werden

Wie die vorliegende Arbeit gezeigt hat, ist der relative Rückgang der Löhne und Gehälter (brutto und netto) im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft in Österreich seit 1980 wahrscheinlich größer als die bereinigte Geschlechter-Lohnquote. Nach Jahrzehnten der gegenläufigen Entwicklung mag es geradezu utopisch anmuten, aber um die Lohnquote nur wieder auf das Niveau zu bringen, dass sie in den frühen 1980er-Jahren hatte, müssten von nun an die Lohnerhöhungen *über* der Formel „Produktivitätswachstum plus Inflation“ liegen – und zwar nicht für ein oder zwei Jahre, sondern für Jahrzehnte. Auch die steuerliche Begünstigung von Kapitaleinkommen könnte umgekehrt werden. Reformen in diese Richtung nicht nur in Österreich, sondern in allen EU-Mitgliedstaaten würden sich nicht nur zugunsten der arbeitenden Menschen auswirken – sie würden auch die schwache Binnennachfrage erhöhen und hätten das Potenzial, das so ersehnte Wirtschaftswachstum in der Eurozone herbeiführen. Wer heute 18 Jahre alt ist, hat die EU und insbesondere die Eurozone de facto in einer permanenten Ausnahmesituation mit hoher Arbeitslosigkeit und kaum vorhandenem Wirtschaftswachstum erlebt. Wenn eine Ausnahmesituation lange genug anhält, dann wird sie irgendwann zur Normalität; schön langsam stellt sich die Frage, ob die jetzt in das Erwerbsleben einsteigende Generation ein großes Interesse daran haben wird, diese Form der Normalität aufrecht zu erhalten, wenn sie dereinst die Macht in Österreich und der EU übernommen haben wird.

Es wird gerne darauf hingewiesen, dass eine höhere Besteuerung von Vermögen und Kapitaleinkommen dazu führen würde, dass dieser Produktionsfaktor dann das Land bzw. die EU verlässe und dorthin ziehe, wo er bessere Bedingungen vorfindet. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mag das der Fall sein. Diese Rahmenbedingungen sind freilich das Ergebnis politischer Entscheidungsprozesse und können geändert werden. Wenn das auf österreichischer Ebene nicht möglich ist, dann eben auf europäischer Ebene. Wenn die EU-europäischen Rahmenbedingungen etwa durch den Vertrag von Maastricht dazu führen, dass nichts dagegen unternommen wird, dass sich die Einkommensverteilung brutto wie netto immer mehr zugunsten einiger Weniger verschiebt, dann kann und soll man überlegen, ob man

diese Rahmenbedingungen haben will. Eine demokratisch organisierte Gesellschaft ist geradezu gezwungen, diese Frage permanent für sich selbst zu beantworten.

Momentan sieht es eher so aus, als ob für jedes auftauchende Problem in jedem EU-Mitgliedstaat als Lösung stets Lohnzurückhaltung und ein günstiges Investitionsklima gefordert werden – mit dem langfristigen Effekt, dass die relativen Bruttolöhne kontinuierlich zurückgehen, während gleichzeitig die Steuerbelastung des Faktors Arbeit zunimmt. Es stellt sich daher die Frage, wie lange man diesen Prozess noch andauern lassen will. Zu beobachten ist, dass im achten Jahr der gegenwärtigen Krise das Problem der zunehmenden Einkommensungleichheit sogar von jenen beklagt wird, die davon profitieren. Festzustellen ist, dass es keine logische Einkommensverteilung oder ökonomische Notwendigkeit gibt, weshalb sich Vermögen und Einkommen an der Spitze immer mehr konzentrieren sollten oder nicht angetastet werden dürften. Es gibt hier keine natürlichen „Sachzwänge“, es gibt nur die Folgen bewusster politischer Entscheidungen.

Über den Autor

Sascha Sardadvar hat Volkswirtschaft an der Universität Wien, der FU Berlin und der WU Wien studiert. Er lehrt an der WU Wien und an der Ferdinand-Porsche-FernFH und leitet dabei Kurse aus Wirtschaftsgeografie, Internationaler Wirtschaft, Makroökonomie und Mikroökonomie. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Theorie des Wirtschaftswachstums, interregionale Migration, Ursachen und Folgen der räumlichen Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten sowie Fragen der Einkommensverteilung.

Impressum:

Diese Studie wurde über den CLUB OF VIENNA (CoV) mit Fördermitteln der Kulturabteilung der Stadt Wien ermöglicht.

Der CLUB OF VIENNA (CoV) ist eine internationale Vereinigung von Einzelpersonen, welche an allgemein relevanten gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen interessiert sind und aufgrund ihrer beruflichen Laufbahn besondere Kompetenz nachweisen können. Er ist parteipolitisch ungebunden und ausschließlich den Beschlüssen seiner Organe verantwortlich. Er bildet mit seinen bislang 24 Mitgliedern einen Zusammenschluss anerkannter WissenschaftlerInnen und ExpertInnen, die zu den unterschiedlichsten Themenbereichen Synthesen aus weit gestreuter Expertise liefern können.

Der CLUB OF VIENNA (CoV) verfolgt das Ziel, wissenschaftliche Erkenntnisse, gesellschaftspolitisch relevante Beobachtungen, ökonomisch und ökologisch übergreifende Fragen, welche für die Gesellschaft insgesamt von langfristiger Bedeutung sind, aufzugreifen und in einer gesamthafter Weise zu behandeln. Vorrang haben jene Fragen, welche für die Erhaltung der Lebensgrundlagen, des stabilen Zusammenlebens der Menschen, die Erhaltung des Friedens und einer langfristig lebensfähigen Wirtschaft relevant sind. Interdisziplinarität und der evolutionstheoretische Denkansatz schaffen die Voraussetzungen, den Paradigmenwechsel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft effizient erforschen zu können. Den Sachzwängen der Politik setzt der CoV Forschungsarbeiten gegenüber mit dem Ziel, dem Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft zur Geltung zu verhelfen.

Ehrenamtliche Projektleitung:

Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftscoach und Psychotherapeutin, Seminarleiterin und internationale Referentin für Macht-Kompetenz, Gastdozentin an der Donau-Universität Krems, Vorstandsmitglied im Club of Vienna, Sachbuchautorin u.a. Die helle und die dunkle Seite der Macht 2000, Die geheimen Spielregeln der Macht 2007, Der falsche Feind 2012
www.bauer-jelinek.at

Sitz des Vereins:

Club of Vienna
Gußhausstraße 30 / 230-1
1040 Wien
Email: sekretariat@clubofvienna.org
Web: www.clubofvienna.org